

**Die EU braucht eine neue
Wirtschaftspolitik!**

– Auftakt zur Debatte –

Kritik und Empfehlungen im Überblick

- I. Seit Jahrzehnten folgt die vorherrschende Wirtschaftspolitik in Europa einem orthodox-liberalen Credo. Auf den Punkt gebracht lautet es: Mehr Wettbewerb bringt mehr Innovation, Wachstum und Beschäftigung.
- II. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus: Jahrzehnte der Liberalisierung sind begleitet von sinkenden Wachstumsraten des BIP und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität sowie von hoher Arbeitslosigkeit und noch umfangreicherer Unterbeschäftigung. Einerseits hat die Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren den Anstieg der Arbeitslosigkeit durch die Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts gebremst. Andererseits wurden auf der Ebene der Unternehmen Produktivitätsfortschritte oft durch einen Abbau der Beschäftigung erzielt. Kurz und zugespitzt: Die vorherrschende Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union hat wenig zur Beschäftigung beigetragen, aber einiges zu Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.
- III. Der Versuch, den aus der Welt der Unternehmen stammenden Begriff der Wettbewerbsfähigkeit auf die Gesamtwirtschaft zu übertragen, führt zu falschen Politikempfehlungen nicht nur im Bereich der Lohnentwicklung, sondern oft auch in den Bereichen der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und Innovationspolitik. Die in diesen Bereichen geführten Strukturpolitiken können ohne eine ausgewogene makroökonomische Politik nicht zu den gewünschten Ergebnissen im Bereich von Wachstum und Beschäftigung führen.
- IV. Die EU setzt Rahmenbedingungen für die Beschäftigungs- und Wachstumspolitik der Mitgliedstaaten insbesondere durch die Geldpolitik der EZB, die Defizitkriterien, die Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln und die Priorität der Wettbewerbsfähigkeit, wie neuerdings wieder innerhalb der Lissabon-Strategie betont. Diese Rahmenbedingungen haben nicht zu den gewünschten Ergebnissen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung geführt, jedoch die Optionen der Sozialpolitik durch die umfangreiche Unterbeschäftigung drastisch eingeschränkt.
- V. Die Mitgliedstaaten kommen mit diesen Rahmenbedingungen in unterschiedlicher Weise zu recht. Insgesamt braucht jedoch die EU eine Wirtschaftspolitik, in der das Zusammenspiel von Geldpolitik, Haushaltspolitik und Lohnentwicklung so koordiniert wird, dass eine Nachfrageentwicklung möglich wird, die deutlich stärkeres Wachstum und höhere Beschäftigung ermöglicht. Für die Geldpolitik beinhaltet dies auch, dass sie – soweit die Preisstabilität gewährleistet ist – aktiv die allgemeine Wirtschaftspolitik bei der Verwirklichung der Wachstums- und Beschäftigungsziele unterstützt. Dieser in Artikel 105 des konsolidierten EU-Vertrages (EUV) formulierte Auftrag wird bisher von der Geldpolitik unzureichend erfüllt.
- VI. Darüber hinaus gilt es, europäische Antworten auf die aktuelle Frage zu finden, wie der durch die Unterbeschäftigung verstärkte Unterbietungswettbewerb bei Löhnen und Steuern verhindert werden kann. Die wenigen sozialpolitischen Kompetenzen der EU (z.B. Arbeitsschutz, Gleichstellung, sozialer Dialog) sind auszubauen und nicht etwa durch Renationalisierung weiterem Wettbewerb zu unterwerfen. Die Unternehmensbesteuerung muss harmonisiert werden.

* Die Arbeitsgruppe „Europäische Integration“ besteht seit 1995. Mitglieder sind Fachleute aus den europäischen Institutionen, Bundesministerien, Ländervertretungen sowie aus Verbänden und Wissenschaft.

- VII. Die Unterbeschäftigung birgt zugleich auch ein umfangreiches Wachstumspotenzial. Bei gegebener hoher Rentabilität und Wahrung der Preisstabilität muss das Zusammenspiel von Geld-, Haushaltspolitik und Lohnentwicklung eine Nachfrageentwicklung ermöglichen, in der die Investitionen die erforderlichen Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten schaffen und gleichzeitig die Nachfrage stärken. Nur ein solcher Wachstumsprozess kann schrittweise die Unterbeschäftigung abbauen. Zugleich ermöglicht nur ein solcher Wachstumsprozess, dass die Förderung von Forschung, Entwicklung, Innovation und besserer Ausbildung der Arbeitskräfte ihren vollen Ertrag entfalten kann.
- VIII. Auf diese Weise wird sich neben Wachstum und Beschäftigung auch der Produktivitätsfortschritt wieder beschleunigen. Dies bedeutet mehr Wohlstand und mehr wohlverstandene Wettbewerbsfähigkeit, auf deren Grundlage die Herausforderung der Globalisierung nicht mehr gefürchtet werden muss, sondern zum Vorteil aller gemeistert werden kann.
- IX. Damit ein solcher Tugendkreis möglich wird, ist eine Änderung im vorherrschenden wirtschaftspolitischen Ansatz erforderlich. Um dies zu erreichen, ist eine anhaltende und breite öffentliche und wissenschaftliche Debatte über die Wirtschaftspolitik in Europa notwendig, die die herrschende Lehre kritisch hinterfragt.
- X. Die wirtschaftlichen Misserfolge haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Zustimmung der Bürger zum europäischen Projekt gesunken ist. Befänden wir uns auf dem Weg zur Vollbeschäftigung, wären die Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden sicherlich positiv ausgegangen. In den beiden Mitgliedstaaten war mit dem „Nein“ die Hoffnung verbunden, eine sozialere und damit gerechtere EU zu bekommen.
- Die Fehler der makroökonomischen Politik in der Zeit nach dem Ersten Ölchock 1974-80: divergierende und meist inflationäre makroökonomische Politiken in der EG, die zu großen Wachstumsschwankungen und hohen divergierenden Inflationsraten führten.
 - Die gescheiterte französische Nachfrageexpansion 1981/82 im Alleingang und bei unzureichender Rentabilität des inländischen Produktivkapitals; sie führte zu Importen statt inländischer Produktion, zu Abwertung, verstärkter Inflation und einer längeren Periode langsameren Wachstums in Frankreich.
 - Der Lernprozess im EWS in den 80er Jahren und Anfang der 90er Jahre führte zu einer nicht immer freiwilligen Übernahme des (in Deutschland bisher erfolgreichen) makroökonomischen Politikansatzes der Bundesbank durch die Gemeinschaft, was sich auch in den Bestimmungen des Maastricht-Vertrages über die Wirtschafts- und Währungsunion widerspiegelt.
 - Das vorherrschende Konzept der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa, das die Formulierung des Maastricht-Vertrages, den Stabilitäts- und Wachstumspakt und viele andere Bereiche der Wirtschaftspolitik bestimmt hat, unterstellt eine einfache Aufgabenverteilung, die vor allem die Angebotsbedingungen verbessern soll.
 - Die Geldpolitik soll in voller Unabhängigkeit die Preisstabilität gewährleisten. Ihr in Artikel 105 EUV formulierter Auftrag – unbeschadet der Preisstabilität – die allgemeine Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele des Artikel 2 EUV (Wachstum und Beschäftigung) zu unterstützen, wird als erfüllt angesehen, wenn die Preisstabilität gewährleistet ist („Der beste Beitrag der Geldpolitik zur Verwirklichung des Artikels 2 ist die Verwirklichung der Preisstabilität“).
 - Die in den Artikeln 101 bis 104 EUV¹ beschriebenen Auflagen für die Haushaltspolitik sollen vor allem bewirken, dass die stabilitätsorientierte Geldpolitik nicht durch eine „unseriöse“ Haushaltspolitik beeinträchtigt wird. Darüber hinaus wird im Stabilitäts- und Wachstumspakt (bei „normaler“ Konjunktur) ein ausgeglichener oder leicht überschüssiger Staatshaushalt angestrebt, um
 - den Schuldenabbau zu beschleunigen

Die traditionelle Strategie der EU: Ein starkes Konzept mit schwachen Wirkungen

Der Ursprung der gegenwärtig in der EU, vor allem in der Wirtschafts- und Währungsunion vorherrschenden wirtschaftspolitischen Doktrin erklärt sich im Wesentlichen aus einer Reihe von Erfahrungen der Vergangenheit:

¹ Art. 101 EUV: Verbot der monetären Finanzierung öffentlicher Haushalte; Art. 102 EUV: Verbot des privilegierten Zugangs der öffentlichen Hand zu den Kapitalmärkten; Art. 103 EUV: Verbot des „bailing out“ öffentlicher Körperschaften; Art. 104 EUV: Gebot der Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite.

- im Konjunkturverlauf Spielraum für die Haushaltspolitik zu erreichen, ohne in einer Rezession die 3% BIP-Defizitschwelle zu überschreiten
- im Wachstumsprozess bei steigender Investitionsquote einen deutlichen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnis zu leisten.
- Die Haushaltspolitik als aktives Instrument der Konjunktursteuerung im Zusammenspiel mit Geldpolitik und Lohnentwicklung wird nicht explizit erwähnt; dieser Aspekt – wenn er überhaupt in Betracht gezogen wird – fällt im Maastricht-Vertrag unter die in der Substanz sehr allgemein gehaltenen Bestimmungen der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ des Artikel 99 EUV.
- Obwohl die Lohnpolitik im Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt wird, werden ständig „maßvolle“ Lohnabschlüsse von der Politik empfohlen, um zur Preisstabilität und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beizutragen, und um der Wirtschaft schmerzvolle Bremsmanöver der Geldpolitik zu ersparen.
- Soweit eine Beschäftigungspolitik im engeren Sinne vorgesehen ist, zielt sie auf Angebotsfaktoren wie Unternehmergeist, „Beschäftigungsfähigkeit“, Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit.
- Dieser allgemeine Rahmen wird durch die Wettbewerbspolitik und durch eine Anzahl spezifischer Politiken (Strukturfonds etc.) ergänzt, auf die in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden soll.

Im Ergebnis hat diese Politik der EU und insbesondere dem Euroland im Durchschnitt zwar Stabilität, aber nur schwaches Wachstum und kaum sinkende Arbeitslosigkeit gebracht, wobei die jetzt ausgewiesene Arbeitslosigkeit von etwa 20 Mio. nur einen Teil der tatsächlichen Unterbeschäftigung erfasst, die eher bei 30-40 Mio. Vollzeitarbeitskräften liegt. Dieser Misserfolg der Wirtschaftspolitik im Bereich Wachstum und Beschäftigung rechtfertigt es und macht es erforderlich, den vorherrschenden wirtschaftspolitischen Ansatz („pensée unique“) kritisch und grundlegend zu überprüfen.

Tabelle 1: Wachstum, Produktivität und Beschäftigung: Euroland - USA im Vergleich 1961-2005

		1961-1973	1974-1985	1986-1995	1996-2000	2001-2005
BIP-Wachstum real ¹	Euroland	5,1	2,2	2,5	2,7	1,4
	USA	4,4	2,8	2,9	4,1	2,6
Produktivitätswachstum ¹	Euroland	4,8	2,1	2,0	1,5	0,8
	USA	2,4	1,0	1,1	2,0	2,3
Erwerbstätigenquote ²	Euroland	62,6	58,9	58,3	60,5	64,0
	USA	63,2	65,7	70,8	73,2	72,9
Erwerbstätigenquote Vollzeit ²	Euroland	-	-	-	54,3	57,6
	USA	60,9	62,6	68,3	71,1	69,9
Arbeitslosenquote ³	Euroland	2,4	6,6	9,7	9,8	8,5
	USA	4,9	7,5	6,2	4,6	5,5

¹ in % p.a.

² in % der Bevölkerung, 15-64 Jahre

³ in % der Erwerbsbevölkerung

Quelle: Europäische Kommission: Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft,

http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2005/statannex0205_de.pdf, 17.11.2005

Mehr Wettbewerb schafft nicht automatisch mehr Nachfrage

Hintergrund dieser Politikwahl war und ist die Einschätzung, dass eine Steigerung der Nachfrage nicht zu mehr realem Wachstum und Beschäftigung führt, sondern eher die Preise und/oder die Importe erhöht. Dabei wird unterstellt, dass einer Stärkung der Nachfrage kein entsprechendes Angebotswachstum gegenübersteht.

Noch weiter reichend ist die Vermutung, dass Unternehmen und Haushalte eine Netto-Neuverschuldung des Staates durch eigenes zusätzliches Sparen kompensieren, da sie künftige Steuererhöhungen erwarten (*rational expectations*). In diesem Fall käme es noch nicht einmal zu einer Nachfragesteigerung – ganz abgesehen von ihren Folgen.

In der Tat wächst das Angebot (also Produktion und Beschäftigung) auch nur, wenn eine entsprechende Nachfrage erwartet wird. Diese Erwartung orientiert sich an den jüngsten Erfahrungen der Unternehmen. blieb die letzte Produktion partiell unverkauft und liegen weniger Aufträge vor, so werden Produktion und Beschäftigung reduziert. Für das einzelne Unternehmen erscheinen Kostensenkungen als der ideale Weg, den Absatz zu steigern. Aber die Kosten, insbesondere auch Löhne, des einen Unternehmens sind die Einkommen der anderen Zulieferunternehmen bzw. Arbeitnehmer. Sinken sie, so können sie weniger nachfragen. Einen (scheinbaren) Ausweg bietet der Export, der die geringere Inlandsnachfrage kompensieren kann.

Vor allem in Deutschland haben Binnenmarkt, Osterweiterung und die Globalisierung zu (an sich willkommenen) Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen geführt. Die als Beschäftigungspolitik intendierten Arbeitsmarktreformen haben jedoch die Produktivität und die Nachfrage weiter untergraben (Produktivitätswachstum 2001-2005: nur noch 0,8%).

Trotz starker Exportzuwächse bleibt das deutsche Wachstum schwach. Die zusätzliche Beschäftigung im Exportsektor reicht nicht aus, um eine Wende auf dem Arbeitsmarkt und damit auch bei der Binnennachfrage herbeizuführen.

Wo kommen die Nachfrage und die neuen Arbeitsplätze her?

Zusätzliche Nachfrage braucht mehr Geld. Haushalte, Unternehmen, der Staat oder das Ausland müssen Ersparnisse auflösen oder neue Kredite aufnehmen und damit über die Einkommen aus der laufenden Produktion hinaus kaufkräftige Nachfrage entfalten. Bisher war es vor allem das Ausland, genauer: die USA, die diese Funktion in der Weltwirtschaft erfüllt hat. Im Euroland haben sich in den letzten zehn Jahren vor allem die Peripherieländer verschuldet, angeregt durch die für ihre historischen Verhältnisse niedrigen Zinsen. Um zu erreichen, dass in den europäischen Kernökonomien ähnliches passiert, wären niedrigere Realzinsen hilfreich. Zwar sind die Zinsen auf einem historisch niedrigen Niveau, aber dies gilt auch für die Inflationsrate, vor allem für die einheimische Produktion (also nach Abzug der Rohstoffpreissteigerungen). Für Unternehmen ist aber gerade diese Preisentwicklung relevant, wenn sie Kreditkosten mit künftigen Erträgen vergleichen.

Unternehmen verschulden sich (bzw. entsparen angesichts aufgehäufter Gewinne) nur, wenn neue Investitionen zur Erweiterung der Produktionskapazitäten angesichts zu erwartender Nachfrage sinnvoll erscheinen. Sieht man vom Ausland und den Nettoinvestitionen der Unternehmen ab, so bleiben nur die Haushalte mit ihrer Konsumnachfrage oder der Staat, die durch Verschuldung oder Entsparen die Konjunktur ankurbeln können. Im Vergleich etwa zu den USA haben sich in Europa beide Akteure zurückgehalten. Zur geringeren Staatsverschuldung in Europa hat die EU mit ihrer Stabilitätspolitik kräftig beigetragen, obwohl deutlich wurde, dass sowohl Unternehmen als auch Haushalte eher übersparen. Noch deutlicher ist der Unterschied zu den USA bei den Haushalten: Der private Konsum hat 2001-2005 in der EU jährlich nur 1,4% (EU-12) bis 1,8% (EU-25) zugenommen, während er in den USA um 2,9% wuchs. Verstärkt wird der Effekt noch dadurch, dass der Anteil des privaten Konsums am BIP in der EU strukturell geringer ist als in den USA.

Nicht nur die monetäre Nachfrage muss stimmen, es müssen auch neue Arbeitsplätze entstehen. Zu erwarten sind sie eher in den Sektoren, die nicht massiv der Niedriglohnkonkurrenz ausgesetzt sind. Dazu zählen nicht zuletzt staatliche Dienstleistungen, deren Ausbau auch in Großbritannien spürbar zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Die Dienstleistungsrichtlinie würde zwar grundsätzlich zum Entstehen eines europäischen Marktes beitragen, sollte

aber stärker darauf abzielen, erreichte Niveaus von Arbeitsbedingungen und Entlohnung zu sichern und nicht zu einem „race to the bottom“ und einer Expansion „grauer Märkte“ beitragen, indem sie unrealistische Regelungen für die Kontrolle der Märkte (etwa durch Aufsichtsbehörden der Entsendeländer) vorsieht.

Die makroökonomische Rolle der EU

Nach dem Artikel 98 und 99 EUV bleibt die Zuständigkeit für die Wirtschaftspolitik bei den Mitgliedstaaten, die sie so ausrichten sollen, dass sie zur Verwirklichung der Ziele des Artikel 2 EUV (Wachstum, Beschäftigung, etc.) beitragen (Art. 98 EUV). Die Mitgliedstaaten sollen ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse betrachten, die im Rat, entsprechend den vom Rat in einem komplizierten Verfahren festgelegten „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“, koordiniert werden soll (Art. 99 EUV).

Nachdem in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) die Geldpolitik aufgrund des Maastricht-Vertrages zentralisiert wurde, besteht hier ein klares Defizit bei der Formulierung der Leitlinien („Grundzüge“) der Wirtschaftspolitik. Natürlich kann die Entscheidung über die beiden anderen Variablen, die neben der Geldpolitik die makroökonomische Politik bestimmen, nämlich die Haushaltspolitik und die Lohnentwicklung, nicht einfach auf Gemeinschaftsebene zentralisiert werden. Die Souveränität der Mitgliedstaaten im Bereich der Haushaltspolitik und die Autonomie der Tarifvertragsparteien bezüglich der Lohnentwicklung muss respektiert werden. Trotzdem besteht in der Gemeinschaft und insbesondere in der WWU ein dringender Bedarf, das Zusammenwirken („Policy Mix“) von Geld- und Haushaltspolitik sowie Lohnentwicklung wirksam im Hinblick auf das Gemeinschaftsinteresse an Wachstum und Beschäftigung zu koordinieren. Welche Aspekte sollten bei dieser Koordinierung berücksichtigt werden?

- Da nach Artikel 105 EUV die Geldpolitik – unbeschadet des Ziels der Preisstabilität – die allgemeine Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung unterstützen soll, ist ihr Handlungsspielraum umso größer, je besser die beiden anderen großen gesamtwirtschaftlichen Variablen, nämlich die Haushaltspolitik und die Lohnentwicklung, die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse berücksichtigen. Dieses positive gesamtwirtschaftliche Zusammenspiel von Haushalts-, Geldpolitik und Lohnentwicklung kann wie folgt beschrieben werden:

- Die Haushaltspolitik: In Phasen des Aufschwungs und im Wachstumsprozess sollten die öffentlichen Finanzen insgesamt ein Gleichgewicht oder gar einen leichten Überschuss anstreben. Dies trägt zur Konsolidierung und zum Schuldenabbau bei und verbessert das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht von Ersparnis und Investitionen. In einer Rezession aber, bzw. in der Wachstumsverlangsamung, brauchen die öffentlichen Finanzen eine größere Flexibilität – wobei man auch den Schuldenstand der einzelnen Länder und ihre Leistungsbilanzen (bzw. die Art, in der sich das Gleichgewicht von Ersparnis und Investitionen realisiert) berücksichtigen sollte. Für bestimmte Ausgabenkategorien, die für das Wachstum von besonderer Bedeutung sind (öffentliche Investitionen, Ausgaben für Bildung und Forschung, etc.) könnten Referenzwerte festgelegt werden.
- Die Lohnpolitik: Im gesamtwirtschaftlichen Policy Mix hat auch die Lohnpolitik der Tarifvertragsparteien eine wichtige Aufgabe. Ganz grob brauchen wir Tarifabschlüsse, die zu einer Lohnstückkostentwicklung führen, die einerseits nicht mit dem Stabilitätsziel in Konflikt steht und die die Rentabilität der Investitionen nicht in Frage stellt. Die Tarifvertragsparteien müssen aber andererseits auch die Reallohnentwicklung im Auge behalten, die ja zusammen mit der Beschäftigung und der Sparquote die Konsumnachfrage bestimmt. Auch die Konsumnachfrage ist eine wichtige Bestimmungsgröße der Investitionen und der Beschäftigung. Weiterhin werden die Tarifabschlüsse auch die Verschiebung der realen Wechselkurse innerhalb der WWU abdecken müssen – und zwar mehr noch als die Haushaltspolitik. All das hört sich an wie die Quadratur des Kreises. Aber wenn man die Lohnentwicklung der letzten Jahre betrachtet, entsprach sie tatsächlich weitgehend diesen Erfordernissen.
- Die Geldpolitik: Wenn man unterstellt, dass die Haushaltspolitik und die Lohnentwicklung ihre gesamtwirtschaftlichen Aufgaben erfüllen, dann muss auch die Geldpolitik ihren Spielraum nutzen. Und sie ist ganz besonders gefordert, weil sie viel besser als die Haushalts- und die Lohnpolitik flexibel auf außenwirtschaftliche Entwicklungen reagieren kann. Hinzu kommt, dass der Wachstumsprozess, der anzustreben ist, ohne Finanzierung durch die Geldpolitik gar nicht möglich ist. Ob die Geldpolitik aber tatsächlich ihren Spielraum nutzt, um das Wachstum zu unterstützen, hängt von ihrer Konzeption ab. Und diese müsste öffentlich und kritisch diskutiert werden. Das ist keine Attacke auf die Unabhängigkeit der Zentralbank. Wichtig ist aber auch, wie verlässlich die unabhängige Zentralbank das Verhalten

der öffentlichen Haushalte und der Tarifvertragsparteien einschätzt. Genau dazu hat man auf europäischer Ebene den makroökonomischen Dialog geschaffen; er sollte noch verstärkt und in Zukunft auch institutionell besser verankert werden. Auch die Rolle der Kommission im makroökonomischen Dialog sollte gestärkt werden.

Das gesamtwirtschaftliche Zusammenwirken von Geld-, Haushaltspolitik und Lohnentwicklung im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung sollte regelmäßig im Ministerrat und insbesondere für die WWU in der Eurogruppe erörtert werden; die Rolle der Eurogruppe sollte zu einem späteren Zeitpunkt auch institutionell gestärkt werden. Bei der Ausarbeitung der Leitlinien („Grundzüge“) der Wirtschaftspolitik sollte der Kommission als Vertreterin des Gemeinschaftsinteresses ein formelles Vorschlagsrecht eingeräumt werden, so wie dies auch in allen anderen wichtigen Politikbereichen auf Gemeinschaftsebene der Fall ist.

Die Regelung des Wettbewerbs zwischen den Mitgliedstaaten

Innerhalb der EU verfügen die Mitgliedstaaten immer noch über Kompetenzen und Möglichkeiten, Wachstum und Beschäftigung auf ihrem Territorium bzw. ihrer Bürger und deren Einkommen zu fördern.

Symptom des derzeit schwachen Wachstums und hoher Unterbeschäftigung ist, dass viele der dazu genutzten Maßnahmen aber darauf hinauslaufen, eigennützig Fortschritte auf Kosten anderer Mitgliedstaaten und ihrer Bürger zu erzielen. Manche der gewählten Schritte haben auch den kumulativen Effekt, im EU-weiten Wettbewerb Ergebnisse zu produzieren, die es für alle Beteiligten schwerer machen, Wachstum und Beschäftigung zu steigern. Das gegenwärtige Integrationsmodell bietet vor allem für kleine Länder Anreize, durch niedrigere Löhne und Steuern Produktion und Beschäftigung auf Kosten anderer Länder an sich zu ziehen; denn die Gegenwirkungen sinkender Binnennachfrage und einer niedrigeren Steuerquote werden in kleinen Volkswirtschaften durch die Vorteile der größeren Exportmärkte und der wachsenden Steuerbasis leicht mehr als ausgeglichen.

Viele Regelungen des Binnenmarkts dienen dazu, Politiken zu unterbinden, die die Wettbewerbsposition der eigenen Produzenten zulasten von Konkurrenten verbessern (Zölle, Subventionen, spezielle Vorschriften für Produkte oder Prozesse, etc.). Die Währungsunion

hat im Euroland zusätzlich die Abwertung der eigenen Währung als letzte Anpassungsoption weggenommen.

Andere Bereiche bleiben dagegen kaum reguliert und ermöglichen Wettbewerbsvorteile, insbesondere die Besteuerung und die Lohnhöhe. Die unterschiedliche Besteuerung sollte kein Anreiz für die regionale Verteilung von Investitionen und Produktion sein. Das irische Beispiel, bei dem ein großer Teil der buchhalterisch, fiskalisch und statistisch erfassten Wertschöpfung durch verzerrte Verrechnungspreise innerhalb von multinationalen Konzernen entsteht, um sie der höheren Besteuerung in anderen Ländern zu entziehen und sie anschließend als Gewinne ins Ausland zu transferieren, darf kein Modell für das erweiterte Europa werden. Vorzuziehen wäre eine einheitliche europaweite Unternehmensbesteuerung (womit sich auch die Frage der Verrechnung von Gewinnen und Verlusten von Tochterunternehmen regelt). Sie würde am besten an den EU-Haushalt fließen und zur Finanzierung der Regionalpolitik dienen.

Glossar

BIP	Bruttoinlandsprodukt
EU	Europäische Union
EU-12	EU der 12 Mitgliedstaaten
EU-25	EU der 25 Mitgliedstaaten
EUV	EU-Vertrag, konsolidierte Fassung
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion